

SOZIALES

Vertreibung ist keine Lösung



„Der auch ...“ CSV-Saubermann Laurent Mosar will offenbar nach den Prostituierten auch die Wohnungslosen vom Bahnhof vertreiben.
(Foto: Hilde Leubner)

Maßnahmen gegen lästige Obdachlose in Bonneweg, fordern Abgeordnete von CSV und DP. Mehr Angebote für die Wohnungslosen, verlangen hingegen soziale und karitative Einrichtungen.

"Die ganze Sache geht entschieden zu weit", ärgert sich Alexandra Oxacelay. Die Mitarbeiterin von der sozialen Einrichtung "Stëmm vun der Strooss" spricht vom gegenwärtigen Konflikt um die Wohnungslosen in Bonneweg. Seit vergangener Woche ist der Streit neu entfacht. Grund hierfür sind zwei parlamentarische Anfragen der Abgeordneten Laurent Mosar (CSV) und Theo Stendebach (DP). Darin beschweren sich diese über "schmutziges" und "unanständiges" Verhalten (kriminelle Gewaltausbrüche, achtloses Wegwerfen von Spritzen sowie Urinieren in Vorgärten) und über eine steigende Kriminalität bei Wohnungslosen und Drogenabhängigen. Sie fordern Maßnahmen durch das zuständige Ministerium. Im Fokus ihrer Kritik stehen das in Bonneweg gelegene "Centre d'Accueil et Solidarité a.s.b.l." und dessen "Foyer de Nuit Ulysse", welches Wohnungslosen Schlafplätze und eine einfache Mahlzeit bietet.

"Das Problem der Obdachlosen und der Drogenabhängigen lässt sich nicht einfach ausradieren", ist Oxacelay überzeugt. Beide Phänomene gebe es in allen Großstädten. "Da bildet Luxemburg keine Ausnahme", sagt sie gegenüber der woxx. Auch wenn sie die Beschwerden von Bonneweger AnwohnerInnen grundsätzlich verstehen kann, das Foyer "Ulysse" nimmt die Mitarbeiterin von der "Stëmm vun der Strooss" in Schutz. In einer am vergangenen Mittwoch verschickten Pressemitteilung schreibt sie: "Das Centre ist landesweit die einzige Struktur, an die sich Obdachlose wenden können." Alle übrigen Einrichtungen, wie Drop-in, Jugend an Drogenhëllef, Abrigado, Vollekskichen und die Stëmm vun der Strooss seien nur Tagesangebote ohne Übernachtungsmöglichkeiten.

Falsche Stimmungsmache

Auch René Kneip, Direktor des in die Kritik geratenen Zentrums, zeigt Verständnis für die Anwohnerklagen. Doch er wehrt sich ebenfalls gegen eine pauschale Stimmungsmache. Die Unruhestifter seien längst zu rechtgewiesen worden - von den zuständigen Mitarbeitern ebenso wie von ihren eigenen Gefährten. Fallen sie in Zukunft wieder auf, drohe ihnen Hausverbot. Einen Brief plus Unterschriftensammlung, den eine entnervte Anwohnerin angekündigt hat, will der Direktor seinen BesucherInnen persönlich vorlesen. Er hofft auf demokratisch gewonnene Einsicht. "Im Haus ist längst eine Diskussion entbrannt. Die Bewohner merken, dass das schlechte Verhalten Einzelner auf sie als Gruppe zurückfällt."

Die Polizei, die als Reaktion auf einen tätlichen Angriff eines betrunkenen Wohnungslosen Anfang Oktober verstärkt in Bonneweg Streife fährt, dementiert die von Théo Stendebach behauptete gestiegene Kriminalität: "Größere Probleme gibt es keine. Wenn wir kommen, dann in erster Linie wegen einzelner Verstöße gegen die öffentliche Ordnung."

Direktor Kneip weist auf andere Missstände hin. "Wir sind chronisch überbelegt." Alle 64 Betten seien vergeben, auf der Warteliste stehen schon jetzt zehn Personen. Für die nächsten Wochen erwartet Kneip ein weiteren "dramatischen Anstieg". Abgewiesene Leute bedeuten jedoch auch mehr Übernachtungen in Bushäusern oder auf öffentlichen Plätzen - in Bonneweg oder am Bahnhof. Im Bonneweger "Ulysse" und in der "Teistuff" gibt es Getränke und bezahlbare Mahlzeiten. Öffentliche Toiletten draußen hingegen fehlen. Ihre Aufstellung obliegt dem "Service social" der Stadt, dessen Leiter DP-Mann Théo Stendebach ist.

Von einer "vielleicht zu starken Konzentration der Hilfsangebote auf Bonneweg", spricht Robert Conrad vom städtischen "Service du logement". Allerdings: Sowohl Caritas als auch die sich an Wohnungslose und Drogenabhängige richtende Stëmm vun der Strooss hatten sich zuvor nach anderen Räumlichkeiten, möglichst in Bahnhofsnähe umgeschaut - ohne Erfolg.

Im "Ulysse" gibt es noch ein weiteres Problem: MitarbeiterIn-

nen haben erst kürzlich gekündigt, eine Folge der gestiegenen Arbeitsbelastung. Denn obwohl der Verein nach seinem Umzug in den Bonneweger "Läschte Steiwer" die Aufnahmekapazität von 42 auf 64 Betten aufgestockt hat, ist der Personalschlüssel derselbe geblieben. Aus Personalmangel bleibt deshalb auch das Foyer samstags und sonntags zwischen 9 und 16 Uhr geschlossen, ausgerechnet also an jenen Tagen, an denen die meisten AnwohnerInnen "ihre Ruhe wollen". Immerhin ist hier Verbesserung in Sicht: Die zuständige Familienministerin Marie Josée Jacobs der Caritas-Einrichtung soll versprochen haben, sich in der Personalfrage zu bemühen.

Die ebenfalls von der Ministerin in ihrer Antwort auf die "question parlementaire" des Abgeordneten Mosar vorgeschlagene, deutlichere Trennung zwischen Drogenabhängigen und Wohnungslosen, trägt allerdings kaum zur Lösung der momentanen Misere bei: Die Mehrheit der chronisch Wohnungslosen sind entweder alkohol-, heroin-, oder tablettenabhängig. "Die Menschen, die zu uns kommen, haben meist multiple Problemlagen", erklärt Kneip. Der mit dem Ministerium im Zuge der Anwohnerbeschwerden ausgehandelte Kompromiss, mittels eines "dispatching", einer durch professionelle BeraterInnen ausgeführten individuellen Falldiagnose, starker zwischen Drogenabhängigen und Wohnungslosen zu unterscheiden, wirft weitere Fragen auf: Für Drogenabhängige gibt es keine Übernachtungsmöglichkeiten. Doch viele von ihnen leben auf der Straße. Und die wenigen Krankenhäuser im Land mit Drogenauffangstationen und -therapieplätzen sind angesichts beschränkter Kapazitäten dazu übergegangen, rückfällige PatientInnen oder hoffnungslose Fälle wesentlich schneller zu entlassen. "Dann aber kommen sie wieder zu uns", beschreibt Kneip den Teufelskreis.

Politik ist gefragt

Wenigstens für das Problem der weggeworfene Spritzbestecke weiß Oxacelay von der Stëmm vun der Strooss eine Lösung: Offene Fixerstuben, wie sie schon in andere Ländern üblich sind, und die straffreie Abgabe von bisher illegalen harten Drogen. Von einem solchen Drogenkonzept ist Luxemburg allerdings noch weit entfernt. Das beweist neben fehlenden Therapieplätzen die jüngste politische Debatte über eine mögliche Straffreiheit beim Konsum leichter Drogen.

Auch die für die Ursachenbekämpfung wichtige Wohnungsfrage wartet weiterhin auf eine politische Lösung: 520 Sozialwohnungen zählt das Angebot der Stadt Luxemburg an sozial Schwache zurzeit. Nach Auskunft von Conrad vom städtischen Wohnungsamt sind das nicht einmal fünf Prozent aller am Markt befindlichen Wohnungen. Viel zu wenig also, um das drängende Problem der Wohnungsnot und des Verlusts der Unterkunft zu lösen. Letzterer steht aber oft am Anfang einer "Obdachlosenkarriere".

Ines Kurschat

Mosar versus Frieden?

Es ist schon fast zur Gewohnheit geworden: Am Mittwoch stattete die parlamentarische Justizkommission der Haftanstalt Schrassig einen Besuch ab. Im Vordergrund sollten dabei die Sicherheitsbedingungen stehen. Der eigentliche Knackpunkt, die Kommunikationsprobleme zwischen Personaldelegation und Gefängnisdirektion, war es dann aber, der die Diskussionen beherrschte (siehe woxx Nr. 613). Will Godart, wegen seiner krassen den Gefängnisdirektor Theis betreffenden Äußerungen gegenüber der Wochenzeitung "jeudi" abgesetzter Präsident der Personaldelegation, war auch beim Zusammenreffen anwesend. Die Tatsache, dass er weiterhin Mitglied des Personal-Komitees bleibt, deutet darauf hin, dass sich diese Vertretung nicht wirklich erneuern wird. Und sich damit auch die Kommunikationsprobleme kaum verbessern dürften. Pikantes Detail in der Affäre: Laurent Mosar (CSV), Präsident der Justizkommission, soll nicht nur Rechtsbeistand der genannten Personaldelegation, sondern auch Will Godarts persönlicher Anwalt sein. Eine "Ämterhäufung", die nicht nur deontologisch fragwürdig wäre, sondern auch politisch bedeutungsvoll. Schließlich dürfte es CSV-Justizminister Frieden kaum in den Kram passen, dass seine neue Gefängnisdirektion sozusagen "under cover" von einem Parteikollegen attackiert wird.

Bislang 504 Personen regularisiert

Eine weitere Zwischenbilanz im Dossier Regularisierung präsentierte gestern Arbeitsminister Biltgen sowohl der parlamentarischen Justizkommission als auch der Presse. Die Zahlen sind immer noch nicht berauschend: Zwar liegt bei 18 Prozent der 2.850 AnwärterInnen mittlerweile eine Arbeitserlaubnis vor. Doch bei über der Hälfte sind die Dossiers unvollständig oder es müssen Dokumente nachgereicht werden. Sechs Prozent erhielten bereits eine definitive Absage. Von den bislang erteilten 319 Arbeitsgenehmigungen geht der Löwenanteil an den Bausektor mit 70 und den HORECA-Sektor mit 63 "Permis A", während die viel zitierte Landwirtschaft mit 13 Genehmigungen recht schäbig dasteht. Anscheinend werden hier polnische Arbeitskräfte bevorzugt. Dass die Regularisierungsprozedur vor allem im Bereich Qualifikation und Training Schwachstellen aufzeigt, scheinen sowohl Ministerium als auch Patronat endlich verstanden zu haben. So werden laut Minister nun gezieltere Maßnahmen ergriffen, um die Qualifikationen der Betroffenen zu prüfen und sie "fit a flott" für den Arbeitsmarkt zu machen. Für Januar ist im Parlament eine politische Bilanz der Regularisierung zu erwarten.

SAS-Schlichtungsrunde: Einigung vor dem Streik

Auf einen neuen Kollektivvertrag für die rund 5.000 Beschäftigten des Sozial- und Pflegesektors haben sich die beiden Vertragsgewerkschaften LCGB und OGBL und die Arbeitgeber am vergangenen Montag vor dem Schlichter offiziell geeinigt. Noch am vergangenen Samstag hatten mehrere Hundert ArbeitnehmerInnen ihren Forderungen nach Lohnverbesserungen in Esch mit einer Demonstration Nachdruck verliehen und im Falle einer scheiternden Schlichtungsprozedur mit dem Streik gedroht. Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings bereits wieder informelle Gespräche zwischen den Sozialpartnern aufgenommen worden (siehe woxx Nr. 612). Die neue Vereinbarung sieht die Anwendung von Artikel 28 des alten Kollektivvertrags vor. Das heißt, Verbesserungen im SAS-Sektor werden künftig an die des öffentlichen Sektors angepasst werden. Konkret bedeutet dies eine Erhöhung der Ausgaben für Löhne, Gehälter und zusätzliche freie Tage um 6,82 Prozent bei den Angestellten und 7,25 Prozent bei den ArbeiterInnen sowie rückwirkende Lohnverbesserungen für die Jahre 1999, 2000 und 2001. Das neue Vertragswerk ist auf ein Jahr befristet. Was also lange währte - nämlich fast ein Jahr - , wird endlich (kurzfristig) gut.

